

Wir sparen trotzdem !

Die weitest gehende Kürzungsforderung, vorgeschlagen von den Grünen, belief sich auf 30 %. Wir werden auch dieses Jahr wieder über 40 % zurückgeben.

Frei nach dem Motto: Nicht reden sondern machen !

SPD und CDU rütteln nicht an Fraktionsgeldern

Erst nach der Wahl 2020 soll der neue Rat über eine Kürzung entscheiden.

Von Thomas Raulf

Unna. Die Frage, wie hoch die wohl unabwendbare Grundsteuererhöhung ausfallen soll, diskutiert die Politik in den kommenden Tagen noch. Die Frage hingegen, wie sehr die Fraktionen bei sich selbst sparen sollen, wurde am Donnerstagabend mehrheitlich beantwortet: erst einmal gar nicht.

Auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses standen mehrere Anträge aus den Fraktionen, die Zuwendungen, die sie von der Stadt erhalten, zu reduzieren. Eine ursprünglich von der SPD vorgeschlagene Kürzung hätte 38.400 Euro im Jahr eingespart. Der weitreichendste Sparvorschlag kam von Bündnis 90/Die Grünen: 93.600 Euro Einsparung durch eine 30-prozentige Kürzung. Auch FDP- und Linksfraktion hatten unterschiedlich gewichtete Kürzungen der Fraktionsmittel vorgeschlagen. Doch übrig geblieben ist von alledem nichts. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Volker König zog den Antrag seiner Fraktion zurück. Die SPD-Fraktion zahle Jahr für Jahr nicht verbrauchte Mittel zurück. Und König argumentierte, dass an den Zuwendungen, die seine Fraktion erhalte, auch ein Arbeitsplatz hänge. Gemeint ist der des Geschäftsführers. Verträge wie diese seien einzuhalten bis zum Ende der

laufenden Ratsperiode, argumentierte auch CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich. In einer Drucksache zu diesem Punkt hatte die Verwaltung daran erinnert, dass Fraktionen im Allgemeinen personalwirtschaftliche und vertragliche Vereinbarungen zum Beginn einer Ratsperiode eingehen im Vertrauen auf eine vom Rat festgelegte Höhe der Fraktionsfinanzierung.

Sprich: Geschäftsführer müssen bezahlt werden.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert erklärte, auch sie könne einen Geschäftsführer bezahlen, Fraktionsmitglieder würden eben einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung dafür abgeben. Wie die Grünen wären auch FLU, Linke und FDP dafür gewesen, so FLU-Chef Klaus Göldner, angesichts einer drohenden Steuererhöhung dem Bürger „ein Signal“ zu geben, dass die Politik auch bei sich selbst spare.

Mit der Beschlussmehrheit der beiden großen Fraktionen bleiben die Zuwendungen nun bis zur Konstituierung des neuen Rates nach der Wahl 2020 eingefroren. Für die Zeit danach schlägt die Verwaltung eine Kürzung von 40.000 Euro jährlich vor. Die Ratsfraktionen erhalten derzeit insgesamt 420.000 Euro, zahlen aber auch nicht verbrauchte Mittel an die Stadt zurück.